

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Volkscheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Plakatschrift 2.30 Mk., Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Einigung zwischen Berlin und München? Sinauschiebung der Entscheidung.

Berlin, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach der Sitzung des interaktionellen Ausschusses der Regierungsparteien fand gestern eine Kabinettsitzung statt und um 6 Uhr wurde die am Mittwochabend abgebrochene Besprechung des Kanzlers mit den Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen Partei fortgesetzt, die sich bis in den späten Abend hinzog. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen soll vorläufig Stillschweigen bewahrt werden. Die Aussichten für eine Einigung zwischen Berlin und München werden als recht günstig angesehen. Fest steht vorläufig nur, daß der Ueberwachungsausschuss des Reichstages keine Sitzung heute nicht abhalten wird; sie wird auf Sonnabend nachmittag, vielleicht sogar auf Montag verschoben werden, damit die bayrischen Vertreter genügend Zeit haben, die Sachlage in München zur Klärung zu bringen.

### Verlagung des Ueberwachungsausschusses.

Berlin, 9. September. Die für heute angesetzte Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages ist auf Montag vertagt worden, weil die Entscheidung in München erst am Sonnabend fallen wird.

### Bayrische Vorereifungs-Drohungen.

München, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchner Kahr-Presse ist zum Teil schon auf den kommenden Kompromiß bei den Verhandlungen zwischen München und Berlin vorbereitet, droht andererseits aber auch wieder unverhüllt mit der Separation, wenn Bayern in den Verhandlungen in Berlin unterliegen sollte. So schreibt die Münchner Zeitung: „Man ist sich wohl nicht überall klar darüber, daß auch das Ministerium Kahr und wahrscheinlich auch die ganze Regierungskoalition von dem Berliner Ergebnis abhängig geworden ist. Selbst wenn man sich vorstellen könnte, daß es der Ministerpräsident und seine Ministerkollegen fertigbrächten, sich bei einem unverhüllten Mißerfolg der Verhandlungen mit Berlin zu beruhigen und weiter zu amtierten, als ob nichts von Belang geschehen wäre, dürfte das Ministerium sich nicht halten können. Die treuesten Anhänger würden kopfschüttel werden, mit der Autorität wäre es gründlich und auf immer vorbei. Unter allen Umständen dürften die Verhandlungen in Berlin mit keiner Kapitulation vor dem Berliner Willen abschließen. Es muß zur vollen Erkenntnis der Lage und als Warnung für die Reichsregierung und alle bayrischen Koalitionspolitiker darauf hingewiesen werden, daß eine solche bayrische Niederlage in Berlin die Krise durchaus nicht etwa abschleife und Bayern damit widerstandslos der hohen Berliner Einsicht und Verwaltung ausliefern würde, sondern es steht schon heute fest, daß in diesem Falle eine ganz wilde, verantwortungslose Agitation im Lande getrieben werden würde mit dem dann nicht mehr verhängten Ziel der Separation. Mittel und Leute und Organisationen dafür sind genügend vorhanden und der Boden ist vorbereitet.“

### Massenversammlung der Münchner USP.

München, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einer überfüllten Massenversammlung nahm die USPD gestern abend Stellung zu dem Konflikt zwischen der Kahrregierung und dem Reich. Der Redakteur der verbotenen Morgenpost, Genosse Winter, kennzeichnete die durch die Rebellion der Kahrregierung geschaffene Krise und betonte, nachdem er versichert hatte, daß die bayrische Arbeiterschaft hinter der Reichsregierung stehe, solange diese die Verfassung gegen die Reaktion verteidige, daß die Reaktion das Eine nicht bedacht habe, daß durch die Nordpolitik die Einigungsbewegung des Proletariats gefördert werde. Als Vertreter der nordbayrischen Arbeiterschaft schilderte Landtagsabgeordneter Fischer-Nürnberg unter kläglichem Beifall die Kampfkraft des nordbayrischen Proletariats, das bereit sei, Südbayern zu isolieren, wenn Kahr auf seiner Vorkriegspolitik verharrt.

### Das zweierlei Boehner-Maß.

München, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nachdem vorgestern vom Polizeipräsidenten Boehner ein Plakat des Bürgerblocks genehmigt wurde, in welchem die Regierung Kahr aufgefordert wurde, festzubleiben, hatten die Gewerkschaften, die SPD, und USPD, gestern beschlossen, einen Aufruf zu platzieren zu lassen. Der Polizeipräsident lehnte die Genehmigung zur Platzierung des USPD-Aufrufes ab und hat gestern auch das Plakat der Gewerkschaften und der SPD verboten. In der Druckerei der Rechtssozialisten wurde durch die Polizei eine Hausdurchsuchung nach den gedruckten Plakaten gemacht. Heute prangt an den Münchner Plakatsäulen zum Beweis der „Objektivität“ der Münchner Polizei ein Plakat der Hakenkreuzer, das zu einer Versammlung am Freitag einlädt, in der Herr Hitler „in gezierender Ehrsucht und Ehrerbietigkeit sprechen wird über: Der Johannes des Judenstaates, Matthias von Buttenhausen, sein Werk und sein Geist.“ Mit diesen lächerlichen Mitteln glaubt Boehner die Kräfte mundtot machen zu können, die für die Republik und die Verfassung eintreten.

### Die ober-schlesische Arbeiterschaft gegen die Reaktion.

Berlin, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Von der ober-schlesischen SPD, der ober-schlesischen USPD, der KPD, den Bezirksverbänden der freien Gewerkschaften und beachtenswerterweise auch dem polnischen Zentralverband ist nach der Wollischen Zeitung am Donnerstag in Gleiwitz eine Erklärung unterzeichnet und veröffentlicht worden, die gegen die deutsche Reaktion Stellung nimmt. Es heißt darin, daß die Arbeiter durch die besonderen Verhältnisse Oberschlesiens daran behindert seien, den Feinden der Arbeiter mit einer massiven Demonstration den einheitlichen Willen des ober-schlesischen Proletariats zu zeigen, daß sie trotzdem feierlich ihre Solidarität mit den Arbeiterparteien im Reich bekunden und schärfste Unterdrückung des politischen Mords, Freilassung der politischen Gefangenen, Reinigung der militärischen und polizeilichen Formationen, der Beamtenherrschaft und der ober-schlesischen Justiz von den monarchistischen Elementen fordern.

### Die preußische Krise verschärft. Zentrum und Demokraten gegen den Kurs Wirth.

Berlin, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf Einladung des Präsidenten des preußischen Landtages Veinert fand am Dienstag nachmittag eine Verhandlung zwischen den früheren Koalitionsparteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten über die etwaige Neubildung der preußischen Regierung statt. Nach zweieinhalbstündiger Beratung wurde festgestellt, daß eine Uebereinkunft einzuweisen nicht erreicht werden könne. Wie die L. V. erzählt, hatte das Zentrum zunächst die Forderung erhoben, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Siering den Vorwurf widerrufen, den er seinerzeit bei der Bildung des Kabinetts Stegerwald gegen die Unterhändler des Zentrums und der Demokraten erhoben hatte, nämlich, daß das Kabinett Stegerwald aus Wortbruch und Treubruch hervorgegangen sei. Abgeordneter Siering bedauert, zu einem solchen Widerruf nicht in der Lage zu sein. Zentrum und Demokraten hielten daran fest, daß die Neubildung der preußischen Regierung nur unter Einziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Gedanke abgewiesen. Es könne sich jetzt lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokratie wieder in die preußische Regierung eintrete und damit Preußen eine Regierung erhalte, die die gleichen Tendenzen wie die gleiche Zusammensetzung wie das Kabinett Wirth im Reich habe. Eine Vereinigung der verschiedenen Standpunkte war nicht zu finden. Auch der Vorschlag Veinerts, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt zu verhandeln, wurde vom Zentrum wie von den Demokraten abgelehnt.

Die Freiheit erklärt, daß vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus die Situation die Beilegung des Kabinetts Stegerwald erfordere. Es müsse eine Regierung in Preußen geschaffen werden, die die notwendige Umgestaltung der Verwaltung, Justiz und Schule sofort in Angriff nehme. Die Regierung des Herrn Stegerwald besorge aber nur die Wünsche der Deutschnationalen und insbesondere der Demokrat Dominicus unterliege ganz den Einflüssen, die von den konservativen Geheimräten seines Ministeriums ausgehen. Eine Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der preußischen Regierung dürfe nicht in Frage kommen. Eine Umbildung muß so erfolgen, daß eine Uebereinkunft mit der Reichsregierung erzielt werde.

Der Vorwärts schreibt, daß es schon seit dem Frühjahr bekannt sei, daß die Sozialdemokratie nicht mit der Deutschen Volkspartei in ein Kabinett gehe. Die Ereignisse haben diesen Standpunkt voll gerechtfertigt. Die bürgerlichen Parteien hätten ihre Auffassung revidieren müssen. Die Verhandlungen bestanden den Widerspruch auf, der zwischen der im Landtag betriebenen Politik des Zentrums und der Demokraten und der Meinung eines großen Teiles ihrer eigenen Parteimitglieder bestehe. Das Verhalten ihrer Landtagsfraktionen sei das Gegenteil einer Unterstützung der Politik Wirth. Die preußische Regierungskrise sei erst jetzt akut geworden.

Das Berliner Tageblatt bedauert den Abbruch der Verhandlungen. Es meint, sowohl in der Sozialdemokratie wie in der Deutschen Volkspartei scheine es am guten Willen zu fehlen.

### Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Stahlhelmlern in Braunschweig.

Braunschweig, 8. September. Wie die Braunschweigerische Landeszeitung meldet, kam es heute abend an verschiedenen Stellen der Stadt zu Ausschreitungen aus Anlaß einer vom Stahlhelm einberufenen Monatsversammlung. Kommunistische Elemente unter Führung der kommunistischen Landtagsabgeordneten Körntgen das Stützquartier des Stahlhelms und durchsuchten die Räume. Dann zogen sie zum Versammlungsort. Dort wurden sämtlich aus der Stadt kommenden Straßenbahnwagen angehalten und auf Stahlhelmler durchsucht; verschiedene Personen wurden schwer mißhandelt und verhaftet. Einen ehemaligen Leutnant wollte man in die Oker werfen. Es wurde auch geschossen. Als die Unruhen größeren Umfang anzunehmen drohten, rückte eine Abteilung Polizei an, die mit Trüben und Beschimpfungen empfangen wurde. Es gelang schließlich, die Menge auseinanderzutreiben, die sich dann in verschiedene Straßen der Stadt verteilte.

### Soll der Kampf für die Republik abermals verstanden?

Das Schicksal der Bewegung, die die Kappbanditen stürzte, steht drohend vor uns. Soll der jetzigen Bewegung, die die Frechheit der Gegenrevolution, die der Mord an Erzberger, der Frontkämpfertag und andere Vorstöße der Monarchisten ausgelöst haben, ein ähnliches Schicksal beschieden sein? Die Gefahr solchen Ausganges ist nicht zu unterschätzen. Die Verschiebung der Entscheidung über die bayrische Frage will uns durchaus nicht gefallen. Und so manches andere läßt die Befürchtung aufsteigen, daß es der Regierung Wirth vor der eigenen Courage schon wieder bange zu werden beginnt. Die Deutschnationalen scheinen darauf schon zu spekulieren. Ihre Presse, die sich nach den ersten Verböten etwas dudge, führt bereits wieder die herausfordernde Sprache, wie vor dem Erscheinen der Reichspräsidenten-Verordnung. In einem Bericht über den Versuch einiger Deutschnationaler in Bogota, der Hauptstadt des südamerikanischen Staates Kolumbien, die neue Reichsflagge auf der Gesandtschaft herunterzureißen und durch die schwarzweißrote Hohenzollernflagge zu ersetzen, ein Unternehmen, das durch kolumbische Polizisten vereitelt werden mußte, wagt die Kreuzzeitung die Reichsflagge als „deutsche Fahne“ in Anführungsstrichen und als „das schwarzrotgelbe Tuch“ zu beschimpfen. Das ist nur ein kleines Symptom, aber es spricht Bände darüber, wie die Gegenrevolution die Energie des sozialdemokratischen Reichsministers des Innern, der mit dem auftrumpfenden bayrischen Gesandten so konstant zu verkehren pflegt, einschätzt, wie wenig sie von ihm befürchtet. Wenn demnach das Kompromiß, das die Regierung Wirth anscheinend mit der Regierung Kahr abschließen will, so ausfällt, daß der bayrischen Gegenrevolution kein Haar gekrümmt wird, wenn die Regierung Wirth sich mit einem Zustand, der die Knebelung der Arbeiterklasse in Bayern auf unbegrenzte Zeit verlängert, abfinden sollte, so würde das leider nicht mehr übermäßig überraschen können. Für die Arbeiterschaft wäre dann die Frage nur, ob sie ihre Einheitsfront erhalten kann. Ob die Rechtssozialisten dann den Entschluß fassen werden, der Regierung Wirth ihre Unterstützung zu entziehen und mit der Unabhängigen Sozialdemokratie in entschlossene Opposition zu treten!

Noch ein anderes bedeutsames Anzeichen liegt dafür vor, daß der Vorstoß gegen die monarchistische Reaktion auf einem toten Geleise enden soll. Das ist die Haltung der Zentrums- und demokratischen Landtagsfraktionen Preußens zur Frage der Regierungsumbildung. Adam Stegerwald, der derzeitige preußische Ministerpräsident von deutschnationalen Gnaden hat diese beiden parlamentarischen Vertretungen der Koalitionsparteien, die im Reich mit den Rechtssozialisten in der Regierung Wirth sitzen, mit Erfolg zur Unterstützung seiner Rechtspolitik gewonnen. Da sie ganz genau wissen, daß die Rechtssozialisten, in der jetzigen Situation noch viel weniger als vorher, mit der monarchistischen Deutschen Volkspartei zusammengehen können, so ist ihr Bestreben offen darauf gerichtet, die Rechtssozialisten aus der preußischen Regierung fernzuhalten und mit Hilfe der Deutschnationalen und der Stinnespartei weiter das Rechtsregiment in Preußen aufrecht zu erhalten. Das bedeutet aber, daß die Politik der Regierung Wirth im Innern des Reichs zum großen Teil einfach keinen Boden findet, daß ihre Festschöpfung wider die monarchistische Gegenrevolution einfach in die Luft gehen. Denn die Reinigung der Verwaltung der Polizei und der Justiz von monarchistischen Elementen, von den Saboteuren des Schutzes der Republik und den Verschwörern für die Monarchie ist nur dann möglich, wenn die Regierung des größten Bundesstaates fest in der Hand einer wirklich republikanischen Regierung liegt. Daß für dieses Werk von einer Regierung unter Adam Stegerwald nichts zu erwarten ist, der in seinem Blatte Der Deutsche die Frage „Republik oder Monarchie“ für eine bloße Sonntagsfrage erklärt, liegt auf der Hand. Ein Ministerpräsident, der alles andere für viel wichtiger hält, als die reinliche Entscheidung dieser Frage, wird natürlich nichts ernstliches tun, um die Staatsverwaltung zu einer festen Stütze der Republik zu machen. Und der „Demokrat“ Dominicus, der das preußische Ministerium des Innern verwaltet, hat genügend Beweise dafür gegeben, daß er der letzte Mann für Adam Stegerwald ist, daß er keinen Beamten hart anfaßt wird, der das Seinige tut, um die Wiedererrichtung der Monarchie zu fördern. Herr Dominicus ist ein treffliches Gegenstück zu dem Organisator der monarchistischen Reichswehr, dem „Demokraten“ Geßler. Wenn die Regierung Wirth eine Umwandlung der preußischen Regierung in eine wirkliche Links-Regierung nicht erreichen kann, wenn der Einfluß des linken Zentrumsflügels um Wirth auf die Zentrumsparität und insbesondere auf die preußische Landtagsfraktion des Zentrums nicht stark genug ist, um die entsprechende Haltung dieser Körperschaft zu erreichen, — von den Demokraten reden wir weiter nicht, weil für diese schwankenden Gesellen der Vortritt des Zentrums ohne weiteres genügen würde, um sie zur Nachfolge zu bringen — so ist das Ziel, das Reichskanzler Wirth in seinen Reden wortreich ausgesprochen hat, einfach nicht zu erreichen. Dann